

# PRESSEKONFERENZ



## Die Babyboomer kommen – ist die Gesellschaft darauf vorbereitet?

mit

**LH a.D. Dr. Josef Pühringer**, Landesobmann

**Prof. Dr. Bernd Marin**, Direktor European Bureau for Policy Consulting and Social Research

**Dr. Franz Schellhorn**, Direktor Agenda Austria

**Mag. Franz Ebner**, Landesgeschäftsführer

Dienstag, 28. Mai 2019, OÖ Presseclub Linz

#### **4. Seniorendialog des OÖ Seniorenbundes**

In den nächsten Jahren gehen die geburtenstärksten Jahrgänge Österreichs, die sogenannten Babyboomer, in Pension. Der Pensionsantritt der Babyboomer wirkt sich aber nicht nur auf die Pensionen, sondern auch auf viele andere Bereiche aus. Ob unser Pensionssystem und die Gesellschaft insgesamt auf die Babyboomer vorbereitet sind, darüber diskutierte der OÖ Seniorenbund mit Experten beim heutigen Seniorendialog.

Mit dem Thema – „Die Babyboomer kommen – ist die Gesellschaft darauf vorbereitet?“ – hat der OÖ Seniorenbund wohl eines der aktuellsten Themen aufgegriffen, mit dem sich die Politik und die Gesellschaft in den nächsten Jahren zu beschäftigen haben. Ein Thema, das in der politischen Diskussion und auch im gesellschaftlichen Diskurs heute zu Unrecht unterbelichtet ist. Neben Digitalisierung, Flexibilisierung, Globalisierung und Urbanisierung ist der demografische Wandel ein ganz entscheidender Megatrend für Gegenwart und Zukunft, darüber ist sich die Fachwelt weitestgehend einig.

Und natürlich betrifft dieses Thema nicht nur Oberösterreich und Österreich – wie ein Artikel von Christoph Schmidt aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 2. Jänner 2019 zeigt: Mit dem sperrigen Fachbegriff „demografischer Wandel“ ist eine tiefgreifende Umwälzung unserer Gesellschaft und Wirtschaft verbunden. Zum einen ist er das Resultat von seit Jahrzehnten niedrigen Geburtenraten, zum anderen spiegelt er eine immer weiter steigende Lebenserwartung wider, so Christoph Schmidt, Vorsitzender des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der deutschen Bundesregierung. Unstrittig ist, eine zunehmende Überalterung der Bevölkerung erhöht den Finanzbedarf der Sozialsysteme, vor allem der Renten- und Pflegeversicherung. Und die Wirtschaft klagt über knapper werdende Arbeitsplätze.

Und jetzt ein ganz entscheidender Satz in diesem Artikel: Die Wirtschaftsweisen beobachten mit Sorge, dass die Dimension der damit verbundenen Probleme in der Öffentlichkeit derzeit nicht richtig erkannt werden. Denn mit dem ansteigenden Renteneintritt der Babyboomer, der seinen Höhepunkt 2030 erreicht, wird die demografische Falle dann so stark wie nie zuschnappen. Die Wirtschaftsweisen sprechen von dringendem Handlungsbedarf.

## Die Babyboomer kommen – ist die Gesellschaft darauf vorbereitet?

### Demografische Entwicklung in Oberösterreich

#### So verändert sich die Altersgruppe 60+ 2018-2050 in OÖ

Jahr	60+ gesamt	% der Bev.	WB 60+	% der WB
2018	366.174	24,7 %	350.890	31,9 %
2020	383.688	25,7 %	366.192	33,4 %
2030	476.495	30,8 %	447.212	40,9 %
2040	514.279	32,6 %	479.672	43,8 %
2050	545.293	34,2 %	503.547	46,9 %

#### So verändert sich die Altersgruppe 60-69 J. in OÖ

2018	167.882
2020	178.911
2030	218.928
2040	182.132
2050	195.252

#### So verändert sich die Altersgruppe 70-79 J. in OÖ

2018	123.106
2020	120.450
2030	156.003
2040	194.122
2050	165.040

### So verändert sich die Altersgruppe 80-89 J. in OÖ

2018	62.339
2020	70.966
2030	81.995
2040	113.571
2050	146.324

### So verändert sich die Altersgruppe über 90 J. in OÖ

2018	12.847
2020	13.361
2030	19.569
2040	24.454
2050	38.677

Natürlich trifft die demografische Entwicklung auf ganz Österreich zu, auch die europäische Kommission hat dies in ihrer langfristigen Prognose für Österreich deutlich gemacht: Nach der Langfristprognose wird die Zahl der Pensionistinnen und Pensionisten in Österreich bis 2070 von 2,4 auf 3,6 Millionen ansteigen. Bis dahin sollen knapp über 30 % der dann 10,2 Millionen Österreicher über 65 Jahre alt sein und jeder 8. Österreicher über 80 Jahre.

Das hat natürlich Auswirkungen: 13,8 % der Wirtschaftsleistung werden 2016 für Pensionen ausgegeben. Die Entwicklung erfährt ihren Höhepunkt im Jahr 2035 mit 15 %. Anschließend sinken die Ausgaben bis 2070 wieder auf 14,3 %.

Die finanziellen Auswirkungen, wenn man eine ehrliche Betrachtung anstellt, müssen aber immer auch die Ausgaben für Gesundheit und Pflege mitberücksichtigen, denn dass diese in einer alternden Gesellschaft steigen, ist evident.

Auch wenn der Zustand der Pflegebedürftigkeit Gott sei Dank immer später eintritt - die Senioren bleiben länger fit und heute können 30 % der über 85-Jährigen bereits ohne jede fremde Hilfe leben – steigt aufgrund des demografischen Wandels die Zahl der Pflegebedürftigen natürlich an. Daher steigen, den Prognosen zufolge, die Ausgaben für Gesundheit und Pflege stärker als die Pensionsausgaben, wenn auch auf niedrigem Niveau. Die Gesundheitsausgaben sollen bis 2070 8,3 % der Wirtschaftsleistung erreichen (+ 1,3 %), die Pflegekosten sollen sich von 1,9 auf 3,8 % der Wirtschaftsleistung verdoppeln.

Natürlich ist das alles mit gewissen Unsicherheiten und Eventualitäten verbunden. Eine wesentliche Unbekannte sind die Veränderungen am Arbeitsmarkt für die die älteren Mitbürger. Laut Statistik Austria sind in der Altersgruppe 60 – 65 Jahre in Österreich 30,8 % noch in Beschäftigung. Das ist eine Steigerung um das Dreifache seit dem Jahr 2000, im internationalen Vergleich aber ein sehr niedriger Wert. In Deutschland liegt die Erwerbsquote der über 60-Jährigen bei 60 %, in der Schweiz bei 75 %. Bei den über 65-Jährigen sind bei uns in Österreich 4,9 % in Beschäftigung, in der Schweiz 14 %.

Um nicht missverstanden zu werden: Der OÖ Seniorenbund ist eine Interessensvertretung, daher müssen diese Fakten ohne Bewertung dargestellt werden. Aber ein Wegschauen von diesen Fakten wäre auch für eine Seniorenorganisation fatal, denn all unsere Konzepte, all unser politisches Conclusio muss auf Fakten aufbauen.

Noch ein Wort zum Arbeitsmarkt: Natürlich wird zu Recht in mehreren fachlichen Stellungnahmen zum Thema Beschäftigung und Ältere festgestellt, dass dies in Österreich auch ein Kulturproblem ist. Es ist nicht zu leugnen, dass Regierung, Unternehmer und Gewerkschaften die Frühpensionierung in der Vergangenheit lange als einen gangbaren – vielleicht sogar bequemen – Weg des Personalabbaus gesehen haben. Jetzt allerdings ist die Situation eine vollkommen andere, denn Arbeitnehmer mit Qualifikationen werden dringend gesucht. Natürlich hat auch das Senioritätsprinzip bei der Entlohnung dazu beigetragen, dass wir bei den Senioren eine deutlich geringere Beschäftigung haben, als in anderen Ländern. Denn das Senioritätsprinzip verleitet die Unternehmer, die älteren – sprich teureren – Mitarbeiter vorzeitig aus dem Arbeitsleben zu verabschieden. Man übersieht, dass man damit in den meisten Fällen auch auf große Berufserfahrung verzichtet.

Auch da wird sich bei der Babyboomer-Generation natürlich einiges verändern, weil die heutigen Pensionisten in aller Regel über deutlich mehr Qualifikationen verfügen, als die Pensionisten in der Vergangenheit. Dies zeigt ein Blick auf die Entwicklung des Bildungsgrades sehr deutlich:

	Höchster Bildungsabschluss Pflichtschule	Höchster Bildungsabschluss Matura	Höchster Bildungsabschluss Hochschulstudium
geb. vor 1955	42,2 %	46,2 %	11,5 %
geb. 1955–1969	19,6 %	64,9 %	15,6 %

Dies wird zur Folge haben, dass in unserer Gesellschaft der sogenannte „wohlverdiente Ruhestand“ als erstrebenswerte Endphase des menschlichen Lebenszyklus nicht mehr jene Bedeutung hat wie in der Vergangenheit. Die Babyboomer haben nämlich gute Aussichten, auch in den ersten beiden Jahrzehnten ihrer Pension noch über eine hohe Agilität und über eine gute Gesundheit zu verfügen. Das zeigen Studien – insbesondere aus Deutschland – sehr deutlich. Die gesunde Altersphase wird länger.

Zu Recht hat der OÖ Seniorenbund schon vor einiger Zeit darauf hingewiesen, dass die entscheidende Frage nicht lautet: „Wie alt werden wir?“, sondern „W I E werden wir alt?“

## **Prof. Dr. Bernd Marin: „Babyboom als Pensionsschock. In Österreich 2019-2034, mit Nachwehen bis um 2070“**

Der *Babyboom* und der nachfolgende *Babyslump* in der Nachkriegszeit sind der wichtigste und historisch einmalige Entwicklungsfaktor, der mehr als die ständig steigende Langlebigkeit oder andere demografische Prozesse zu rascher gesellschaftlicher Alterung beiträgt.

Weltweit haben Babyboom und Babyslump über ein Jahrhundert andauernde und gravierende, teilweise geradezu dramatische Auswirkungen auf die Bevölkerungsdynamik und das gesellschaftliche Gefüge. Doch Zeitpunkt und Dauer von Babyboom und Babyslump variieren im internationalen Vergleich ganz enorm. So reichten etwa die erhöhten Geburtenraten von bloß vier Jahren Babyboom in Italien (1946-1949) bis zu 27 Jahren in Neuseeland (1946-1972).

In Österreich lässt sich die Periode des Babybooms (abgesehen von früheren Kurzzeit-Babybooms, etwa der “Führerkinder”-Generation der Jahrgänge 1939-1941 oder einzelnen starken Geburtsjahrgängen wie 1947/1948) auf die 14 Jahre aller zwischen 1956 und 1969 Geborenen einschränken. Es handelt sich dabei ab heute, im Jahr 2019, um knapp 1,9 Millionen Personen potentieller Pensionsanwärter.

Was den Babyboom in Kontinentaleuropa (mit Ausnahme der Niederlande) von dem anderswo unterscheidet, war, dass er erstens viel schwächer und kürzer war als etwa in der anglo-amerikanischen Welt von Kanada bis Australien, den USA bis Neuseeland; und zweitens, dass der Geburtenrückgang oder Babyslump nach dem Babyboom viel stärker war und länger andauerte als dort.

In Österreich (ebenso wie in Deutschland und Italien) war die Bevölkerung zudem bereits älter, bevor dieser älteren Bevölkerung nach dem Babyboom ein tiefer Babyslump folgte. Nach dem Jahrgang 1972 gab es hierzulande weniger Geburten als in der Zwischenkriegszeit 1919-1938. Am Höhepunkt des Babybooms in Österreich im Jahr 1963 wurden 134.809 Kinder geboren; am Tiefpunkt der Fertilität im Jahr 2001 waren es gerade einmal 75.458 Babys.

Österreich hatte demnach zur Jahrtausendwende – trotz der durch Zuwanderung inzwischen millionenfach größeren Bevölkerung – nur noch 56 % der absoluten Geburtenzahl gegenüber 1963. Die geburtenschwächsten Jahrgänge 1999 bis 2013 (mit Kohorten zwischen rund 75.000 und 79.000 Babys) erreichten durchschnittlich nur noch etwa 60 % der Generationenstärke der breiten Babyboomer-Kohorten, die sie aber ab sofort und noch für viele Jahrzehnte (fast bis 2070) werden alimentieren müssen („dünne Generationen müssen fette durchfüttern“).

Die langfristige und kontinuierliche Verschmälerung der Geburtsjahrgänge und damit auch von Frauen im gebärfähigen Alter erklärt auch, warum selbst eine sofort einsetzende und stark steigende Kinderzahl diesen fast unumkehrbaren natürlichen Bevölkerungsschwund kaum mehr ausgleichen könnte und wir seit längerem auf Zuwanderung zur bloßen Erhaltung der Einwohnerschaft angewiesen sind und bleiben.

Jetzt, 50 bis 63 Jahre später stellen Babyboom und nachfolgender Babyslump – je nach nationaler Konstellation – die einzelnen Länder vor grundlegend ähnliche, aber in ihrem Ausmaß sehr unterschiedliche Herausforderungen. So haben etwa Italien, Bulgarien und Schweden mit einem nur zwischen 5 bis 15 % höheren Altenquotienten zu rechnen, während die USA, Kanada, die Niederlande und Neuseeland über 80 % höhere Altenquotienten bewältigen müssen. Österreich liegt mit einem +50 % höheren Altenquotienten diesbezüglich im Mittelfeld des Reformbedarfs.

Von den 1.771 Millionen Personen der Jahrgänge 1956 bis 1969 haben (einschließlich der über 24.000 Totgeborenen) 94 % überlebt. Inklusive der im letzten halben Jahrhundert hinzugekommenen Zuwanderer (Nettozuwanderungsrate = Saldo aus Zuwanderung minus Abwanderung von durchschnittlich 21.500 Personen jährlich) kommen zwischen 2019 und 2034 rund 1.889 Millionen „Babyboomer“ in das gesetzliche Pensionsantrittsalter.

Damit ist ab sofort und für die nächsten 15 Jahre ein einmaliger und stark erhöhter Anpassungsdruck und Reformbedarf im Sozialsystem gegeben. Das gilt vorab für die Pensionen, aber auch den Arbeitsmarkt, die Steuerung der Ab- und Zuwanderungsbewegungen - die in Zukunft vermehrt aus Drittstaaten außerhalb der EU stattfinden werden müssen -, im Bildungswesen sowie in den Bereichen Gesundheit und Pflege. Erstmals würden Versäumnisse zu unumkehrbaren Sperrklinken-Effekten und



irreparablen Schäden und Langzeitfolgen für eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und das gesamte Gesellschaftssystem führen.

Der Alterungsprozess aus Babyboom und Babyslump wird in Österreich um etwa 2035 seinen Höhepunkt haben, die Nachwehen werden bis etwa 2070 zu spüren sein. Gegenüber den nordischen Ländern Skandinaviens hat Österreich wie Deutschland, was ich „die Gnade verspäteter Alterung“ bezeichnet habe, während etwa in Spanien ein Babyboom erst mit Ende der franquistischen Diktatur nach 1975, also Jahrzehnte später als in Mitteleuropa und Italien einsetzte. Auch das historische Timing der Alterung – wann etwa erstmals mehr „Alte“ als Kinder und Jugendliche lebten – unterscheidet sich gravierend, um bis zu 80 Jahre selbst zwischen Mittelmeerländern wie Italien (um 1980) und der Türkei (um 2050).

So wie innerhalb (EU)-Europas ist der Alterungsprozess auch innerhalb Österreichs enorm unterschiedlich: so wird sich der Anteil über 65-Jähriger bis 2050 im Burgenland von rund einem Viertel auf etwa ein Drittel, in Wien hingegen bloß von einem Sechstel auf ein Fünftel erhöhen. Das heißt: das sich bereits seit Jahrzehnten verjüngende und auch künftig nur wenig alternde Wien wird im Jahre 2050 so „jung“ oder „alt“ sein wie das Burgenland bereits vorletztes Jahr 2017 war! Oberösterreich wird lt. Statistik Austria voraussichtlich durch Salzburg vom vierten auf den fünften Platz verdrängt werden.

#### **Zitate zum Vortrag von Prof. Dr. Bernd Marin:**

„Wir Österreicher sind als Pensionsrealisten hochgradig widersprüchlich – und dementsprechend gleichzeitig große Vorsorgemuffel.“

„Politik und einzelne Interessenverbände agieren häufig gesamtgesellschaftlich verantwortungslos.“  
„Es gilt zwischen hysterischen Ängsten und Alarmismus (vom Typ: „die Jungen erhalten gar keine Pensionen mehr“) einerseits und wohlbegründeter Furcht und Sorgen um die Nachhaltigkeit vielfach haltloser Pensionsversprechen und sozialer Leistungszusagen andererseits zu unterscheiden.“

„Meine Kernthesen sind Antwortversuche auf die folgenden Fragen: Was ist an unseren Pensionen eigentlich wie sicher? Wieviel „Sicherheit“ kann es in einer Welt voller Ungewissheiten überhaupt

geben? Und womit können wir sicher oder höchstwahrscheinlich rechnen, worauf zählen, und worauf eher nicht vertrauen?“

„Paradoxerweise sind gerade die wenigen Gewissheiten und Hoch- bzw. Höchstwahrscheinlichkeiten im und rund um das Pensionssystem weniger relevant als die große Zahl von Unsicherheiten und schwer vorhersehbaren, genauer: von kaum spezifizierbaren Faktoren.“

„Es gibt kein Altersvorsorgesystem ohne Risiken. Aber Systeme unterscheiden sich maßgeblich in ihrer Stabilität, Trag- und Selbststeuerungsfähigkeit sowie Nachhaltigkeit. Entscheidend ist ein komplementärer Mix an effektivem Risiko-management. Solch eine Neujustierung des 3-oder Mehr-Säulen-Systems steht in Österreich noch weitgehend aus.“

„Soziale Inklusion stellt sich im entgrenzenden Europa des 21. Jhdts. ganz neu dar – und ist wohlfahrtsentscheidend.“

„Es gibt noch kein europäisches Sozialmodell in Europa (mit Ausnahme einzelner nordwestlicher Länder). Wer Wohlfahrtsgesellschaft nachhaltig will, muss sie grundlegend neu denken – und mit den Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Sozialversicherungs- und Rentensystemen beginnen.“

„Arbeit, Wohlstand und Wohlfahrt müssen neu erfunden, der herkömmliche Sozialstaat in eine pluralistische Wohlfahrtsgesellschaft weiterentwickelt werden. Das ist mit wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstrukturen und Grundrechten auf Gesundheitsdienste und Bildung zu verknüpfen.“

„Auch am Beispiel Österreichs zeigt sich, dass vergangene Erfolge nationaler Sozialstaaten heute und künftig durch traditionellen staatlichen Fürsorge-Paternalismus, national-sozialen protektionistischen Wohlfahrts-Chauvinismus und eigendynamische Anspruchsüberdehnung gefährdet sind – oder anderswo durch ultraliberalen laissez-faire Darwinismus.“

„Dagegen wäre ein gut konzertierter Pluralismus an globalisierungsresilienten, modernen Wohlfahrtsgesellschaften als pan-europäisches, zivilisatorisches Projekt weiter zu entwickeln.“

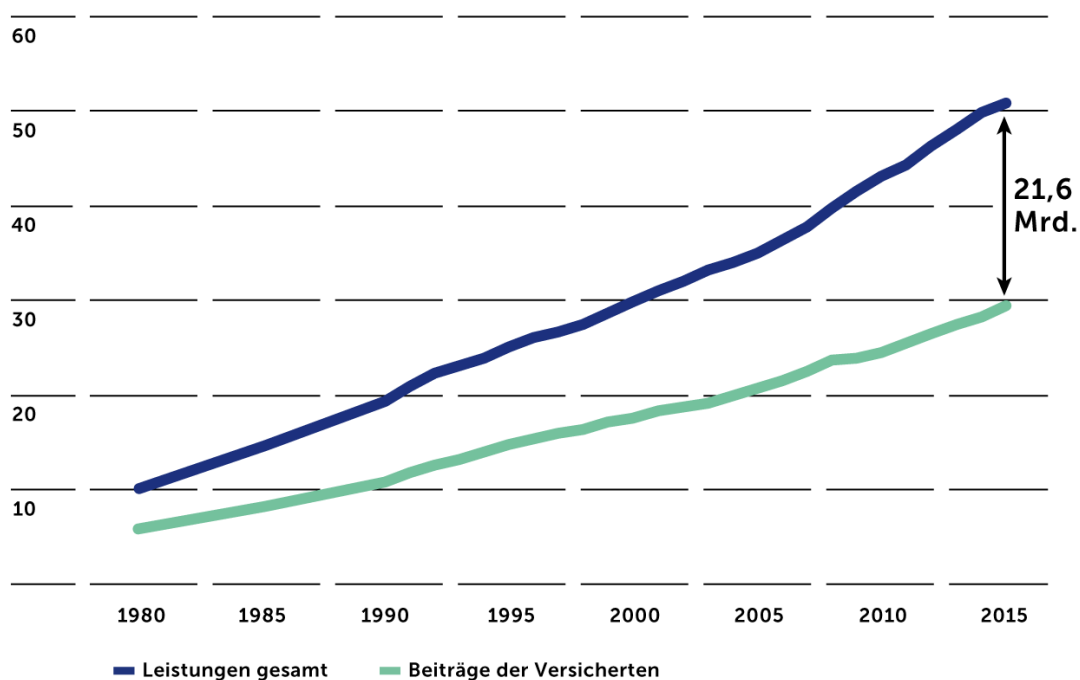
„EU-Europa leidet an einer chronischen und massenhaften Inaktivitätsatrophie – was ich als “Idle Societies”, den vergeblichen Versuch von “Wohlfahrt-ohne-ausreichend-Arbeits-Gesellschaften” analysiert habe.“

„Europa - und Österreich seit den 1970er Jahren - verjüngt sich viel eher als dass es altert. Wer neue, relativitätstheoretische Konzepte wie *prospektives Alter* und *Altersinflation* nicht versteht, versteht gar nichts von der neuen gesellschaftlichen Lage. Etwa, dass und warum es seit Jahrzehnten und wohl noch auf Jahrzehnte immer weniger „alte Menschen“ gibt, aber gleichzeitig immer mehr über 65-Jährige - oder bald 10 Millionen Deutsche und eine Million Österreicher/Innen über 80 bei drei Millionen Pensionisten und Pensionistinnen.“

## Dr. Franz Schellhorn: „Sicher sind die Pensionen sicher! Oder?“

- Der Staat Österreich hat derzeit zwei große Spekulationen laufen: Einerseits, dass die Zinsen für die rasant steigenden Staatsschulden dauerhaft niedrig bleiben. Andererseits, dass wir vor einer Produktivitätsexplosion stehen. Beides ist möglich, aber nicht sehr wahrscheinlich.
- Ein wichtiger Grund, warum die budgetäre Lage seit vielen Jahren so angespannt ist, ist im Umgang mit den Pensionen zu finden. Zwischen den Einzahlungen der Aktiven in das Pensionssystem und den Auszahlungen an die Aktiven klafft jährlich eine Lücke von knapp 20 Milliarden Euro. Das entspricht einem Viertel der jährlichen Bundesausgaben. Mit anderen Worten: Das staatliche Umlagesystem befindet sich einer gefährlichen Schiefelage.

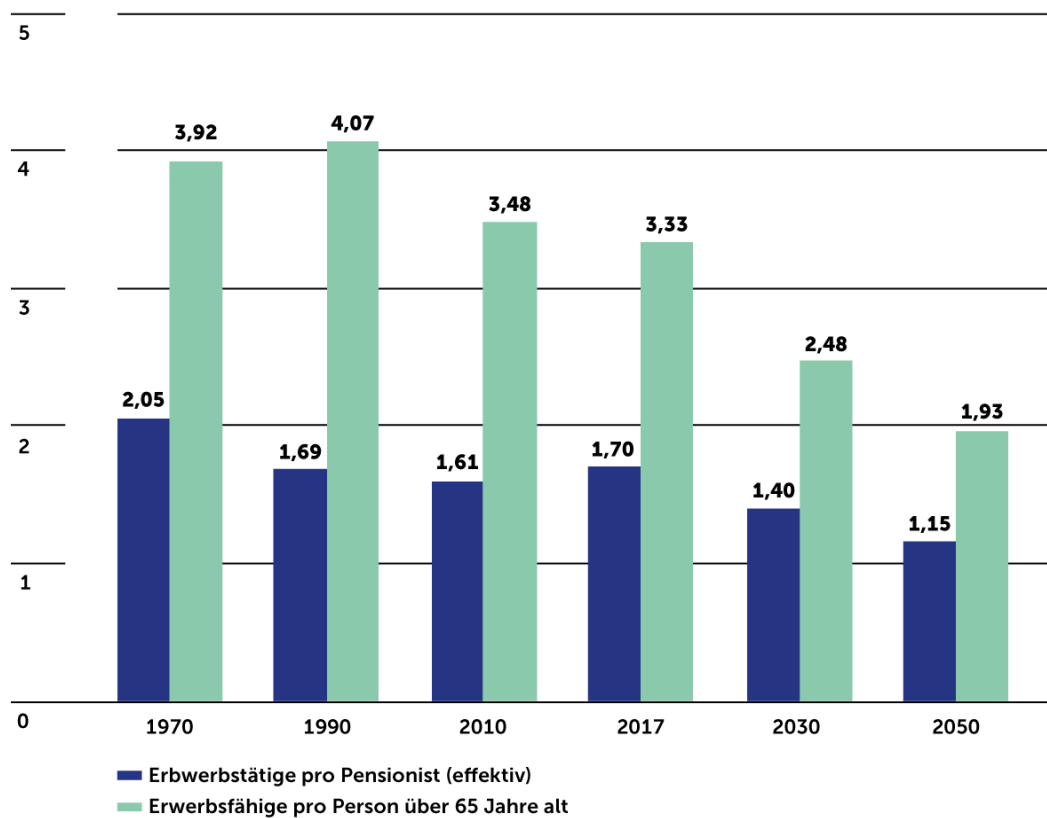
### Pensionskosten (ASVG, GSVG, FSVG, BSVG, Beamte) – in Mrd. Euro



Quelle: EcoAustria



## Wie viele Erwerbstätige kommen auf einen Pensionisten auf?

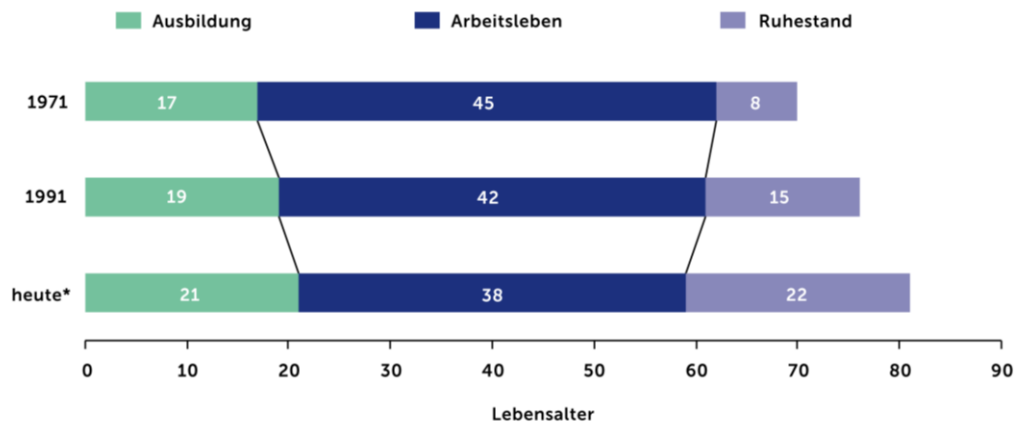


**Quelle:** Eigene Berechnungen, Statistik Austria, Sozialministerium, Hauptverband.

**Anmerkung:** „Erwerbsfähig“ bezeichnet die Bevölkerung zwischen 20–65 Jahren. Für 2030 und 2050 sind Prognosen auf Basis der EU-Kommission (2018) und der Kommission zur langfristigen Pensionssicherung (2014) angegeben.

- Beheben lässt sich das durch höhere Pensionsbeiträge, drastische Pensionskürzungen oder durch etwas längeres Arbeiten. Der sozialste Weg liegt darin, jedes Jahr zwei bis drei Monate später in Frühpension zu gehen. Derzeit ist es ja so, dass wir noch immer so früh in Rente gehen wie in den 1970er-Jahren, obwohl die Lebenserwartung um sieben Jahre gestiegen ist.

## Länger leben – und immer kürzer arbeiten



Quelle: Statistik Austria, OECD, eigene Berechnungen; \*aktuellste Zahlen von 2011

- Das Erhöhen des faktischen Pensionsantrittsalters reicht nicht aus – weil sich dadurch auch die Pensionsansprüche erhöhen. Das gesetzliche Antrittsalter muss steigen. Weil wir für dieselbe Pension ein paar Monate länger arbeiten müssen. Nicht für eine höhere Pension.
- Die Erhöhung der Erwerbstätigkeit Älterer ist auch aus einem anderen Grund enorm wichtig: Während viele vor der Massenarbeitslosigkeit durch die Digitalisierung warnen, gehen uns die Fachkräfte aus. Dabei stehen wir erst am Anfang, die geburtenstarken Jahrgänge stehen vor der Pensionierung. Um diesen Fachkräftemangel abzufangen, wird die Volkswirtschaft Österreich auf jene Menschen angewiesen sein, die mehr leisten als allgemein zu erwarten ist. Auch auf ältere Beschäftigte, die derzeit zu früh in Rente gehen.

## **Conclusio für den Oberösterreichischen Seniorenbund**

Es greift weit zu kurz, wenn wir die Frage „Babyboomer“ ausschließlich auf die Fragen Arbeitsmarkt und Sicherheit unserer Pensionen beschränken. Denn die Babyboomer stellen nicht nur zahlenmäßig eine bedeutende demografische Größe dar, sondern sie verändern mit ihren Erwartungen und Vorstellungen die gesellschaftlichen Altersbilder sehr wesentlich. Von ganz entscheidender Bedeutung ist die Frage, wie sich die künftigen Lebenswelten älterer Menschen gestalten werden und welche Handlungsansätze zu einem sozial sicheren und gelingenden Altern beitragen können.

Unbedingt muss aber auch die Frage gestellt werden, welche Chancen liegen in einer erhöhten Lebenserwartung für die Gesellschaft – und zwar in voller Breite! Von einer Stärkung des Arbeitsmarktes mit vernünftigen Altersarbeitsmodellen bis zu den großen Leistungen, die die „Babyboomer“ in das Ehrenamt einbringen können.

Der Seniorenbund wird sich daher der gesellschaftlichen Gesamtveränderungen stellen, die eintreten wird – Gott sei Dank nicht plötzlich, sondern sukzessive. Diese Veränderungen werden nicht nur die typischen Seniorenthemen wie Pensionen, Pflege, Soziales, Kampf gegen Einsamkeit etc. betreffen, sondern genauso Fragen wie:

- Nahversorgung
- Medizinische Versorgung vor Ort
- Senioren als Konsumenten
- Tourismus
- Lebenslanges Lernen
- Mobilität im Alter
- Wohnformen im Alter
- Sicher Leben im Alten

Die Alten von heute und morgen, sind nicht die Alten von gestern, schon gar nicht von vorgestern. Daher ist auch der Seniorenbund kein Veteranenverein, sondern ein wesentlicher Teil unserer Gesellschaft, der natürlich auch mitgestalten und mitentscheiden will. Dass wir eine politische Größe sind, beweist die Tatsache, dass die Generation 60+ vergangenen Sonntag rund ein Drittel der Wähler gestellt hat und dieser Anteil in den nächsten zwei Jahrzehnten auf knapp 50 % wachsen wird.